

II-3459 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
 BUNDESMINISTERIUM  
 FÜR SOZIALE VERWALTUNG  
 Z1.10.009/8-4/1982

1010 Wien, den 11. Feber 19 82

Stubenring 1  
 Telephon 75 00

Auskunft

--

Klappe - Durchwahl

1620 IAB

1982-02-12

zu 1649 J

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. LEITNER und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Überstundenleistungen im Bereich der Bundesverwaltung, Nr. 1649/J. Die anfragenden Abgeordneten richten an mich folgende Fragen:

- "1. Welche Haltung nehmen Sie zu den Vorschlägen von Sozialminister Dallinger ein?
2. Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und Mehrdienstleistungen, der jeweils in den Jahren 1980 und 1981 in Ihrem Ressortbereich erforderlich war?
3. Wieviele Überstunden und Mehrdienstleistungen wurden damit in den Jahren 1980 und 1981 jeweils in Ihrem Ressortbereich vergütet?
4. Wie verteilen sich diese Überstunden und Mehrdienstleistungen auf die Zentralverwaltung, auf vorgelagerte Dienststellen und auf Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen?
5. Wievielen Dienstposten bzw. Arbeitsplätzen entsprechen diese geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen?
6. Planen Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte anstelle der geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen?
7. Wenn ja, wieviele neue Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden?
8. Wenn nein, warum lehnen Sie die Vorschläge des Sozialministers für Ihren Ressortbereich ab?

-2-

9. Welche finanzielle Belastungen würden sich durch die Vorschläge des Sozialministers für Ihren Ressortbereich ergeben?"

In Beantwortung der Anfrage beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1:

Bei den von mir angestellten Überlegungen handelt es sich um einen von mehreren Denkanstößen, um grundsätzliche Lösungsvarianten zur Problematik der Arbeitsplatzsicherung zur Diskussion zu stellen.

Zu Frage 2:

Der für diese Zwecke aufgewendete Gesamtbetrag belief sich im Jahre 1980 auf 16,876.136 Schilling. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1981 wurden 12,909.211 Schilling ausgegeben.

Zu Frage 3:

Im Jahre 1980 wurden 145.857, in den ersten drei Quartalen des Jahres 1981 105.401 Überstunden im Ressortbereich vergütet. Auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen des Bundesrechnamtes kann lediglich die der Bezahlung zugrunde gelegte Anzahl der Überstunden bekanntgegeben werden. Ein Rückschluß von den aufgewendeten Beträgen auf die Stundenanzahl ist jedoch hinsichtlich der anderen bei den Posten für "Mehrleistungsvergütungen" verrechneten Nebengebühren nicht möglich.

Zu Frage 4:

Auf die Zentralstelle entfielen im Jahre 1980 40.393, auf den übrigen Ressortbereich 105.464 Überstunden. Die Daten für die ersten drei Quartale 1981 lauten: Zentralstelle 31.396, sonstiger Ressortbereich 74.005 Überstunden.

-3-

Zu Frage 5:

Die Beantwortung dieser Frage ist aus den zu Frage 3 angeführten Gründen nicht möglich.

Zu den Fragen 6 - 8:

Es handelt sich hier um generelle, nicht nur den Ressortbereich betreffende Fragen, die sehr wesentlich die Interessen der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten betreffen. Gespräche mit diesen Gewerkschaften über generelle Probleme des öffentlichen Dienstes finden laufend statt. Bei der Erstellung des Stellenplanes des kommenden Jahres wird nach sparsamsten Gesichtspunkten vorgegangen. Die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Überstunden müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen. Damit würde nicht nur das Gegenteil dessen eintreten, was von den Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen -, es würde auch ein wesentliches Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung verloren gehen.

Zu Frage 9:

Wie schon zu Frage 1 ausgeführt wurde, stellt meine Überlegung lediglich einen Denkanstoß dar. Eine Quantifizierung allfälliger finanzieller Belastungen ist derzeit nicht möglich.

Der Bundesminister:

